Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 80 (1988)

Heft: 4

Artikel: Sozialdemokratie und Gewerkschaften : Geschichte einer wechselhaften Beziehung

Autor: Degen, Bernard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355292

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialdemokratie und Gewerkschaften: Geschichte einer wechselhaften Beziehung

*Bernard Degen**

Die Beziehung zwischen *Sozialdemokratischer Partei (SP)* und Gewerkschaften gehört zu den Dauerbrennern der politischen Publizistik. Dabei stehen meistens Gegensätze, die heutzutage zweifellos häufiger auftreten als auch schon, im Vordergrund. In der öffentlichen Wahrnehmung verdichten sich Zusammensetzung und Verhalten der beiden Arbeitnehmerorganisationen oft zum Wunsch- oder Feindbild: die Gewerkschafter als Stützen der bestehenden Ordnung, die Sozialdemokraten als Systemveränderer. Dieses Interpretationsmuster wird selbst dann über die beiden gestülpt, wenn sie übereinstimmend handeln. So kommentierte ein grosser Teil der Presse die Unterstützung der Initiative für die Herabsetzung des Rentenalters durch die SP als Entfremdung von der Basis, während der entsprechende Beschluss des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)* in Pressekommentaren kaum Beachtung fand.

Die ungleiche Behandlung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften hat durchaus ihre Berechtigung. Zu offensichtlich sind unterschiedliche soziale Zusammensetzung und Stellung im politischen System. Dabei darf jedoch nicht von verklärten Vorstellungen über die Vergangenheit ausgegangen werden. Wer die Konfliktträchtigkeit der gegenseitigen Beziehungen als etwas Neues betrachtet, ist auf dem Holzweg. In der über hundertjährigen Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung gehörten Spannungen zwischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen eher zur Regel als zur Ausnahme. Allerdings drangen sie nicht immer so stark ins öffentliche Bewusstsein wie heute. Zudem tauchten sie unter unterschiedlichen politischen und sozialen Rahmenbedingungen auf und sind deshalb nur bedingt mit den gegenwärtigen zu vergleichen.

Im folgenden soll versucht werden, die wechselhafte Beziehung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften nachzuzeichnen. Da weder über die eine noch über die andere Seite für den gesamten Zeitraum ausreichend detaillierte Untersuchungen vorliegen, bleibt ein solches Vorhaben notgedrungen mit vielen Unsicherheiten behaftet. Weil es interessante Hinweise zum Verständnis und zur Einordnung der heutigen Spannungen vermittelt, soll es hier dennoch durchgeführt werden. Dabei

* Bernard Degen ist Historiker. Er arbeitete unter anderem am 100-Jahr-Jubiläumsbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz mit (Solidarität, Widerspruch, Bewegung – Limmat Verlag Zürich, 1988) und verfasste die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung, die unter dem Titel «Das Basel der andern» 1986 im Z-Verlag anlässlich des 100jährigen Bestehens des Basler Gewerkschaftsbundes herausgekommen ist. Quellenverz. S. 160.

liegt das Schwergewicht nicht auf einer umfassenden Bestandesaufnahme. Vielmehr stehen jeweils einige exemplarische Fälle im Vordergrund.

Vor der Ausdifferenzierung der Funktionen

Als im Gefolge der Industrialisierung die ersten Arbeiterorganisationen auftauchten, blieb die Unterscheidung zwischen Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften noch lange bedeutungslos. Die frühen Vereine waren meist sehr klein und oft äusserst kurzlebig – sei es wegen polizeilicher Repression oder einfach wegen der Abreise einiger Aktivisten. Viele besassen rein geselligen Charakter; andere widmeten sich der Bildung ihrer Mitglieder. Einige übernahmen Funktionen, die heute als politische oder gewerkschaftliche bezeichnet würden. Die Ebenen vermischten sich aber je nach Lage und Bedürfnissen.
Die frühen Arbeitervereine organisierten nur ausnahmsweise Fabrikarbeiter, die damals unterste Schicht. Noch schlechtern Zugang fanden sie zu den vor allem in der Textilindustrie zahlreichen Frauen. In der Regel erfassten sie eine bildungs- und lohnmässige Elite wie Typographen, Schneider oder Schreiner. Diese hoben sich vom ungelernten Industrieproletariat etwa gleich stark ab wie heute die *neuen Mittelschichten* von der Arbeiterschaft.
Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts häuften sich in der ganzen Schweiz die Gründungen von Arbeitervereinen, die sich zunehmend auf bestimmte Aufgaben spezialisierten. Namentlich die *Fachvereine,* wie sich gewerkschaftliche Gruppierungen damals nannten, schossen wie Pilze aus dem Boden. Neben den seit 1838 bestehenden *Grütliverein* traten sozialdemokratische Vereine, deren Tätigkeitsfeld vorerst offen blieb, da ihnen zur erfolgversprechenden Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen die Kräfte fehlten. Die Abgrenzung zwischen gewerkschaftlichen und politischen Vereinen liess aber noch lange beachtliche Spielräume offen. Der 1873 gegründete *Schweizerische Arbeiterbund* umfasste ausser Gewerkschaften deutsche Arbeitervereine, schweizerische Arbeitervereine, politische Vereine, Krankenkassen und Grütlivereine. Der gesellig-politische schweizerische Grütliverein war bei der 1886 eingerichteten *Allgemeinen schweizerischen Arbeiter-Reservekasse,* einer zentralen Streikkasse, federführend. Politische und gewerkschaftliche Aktivitäten blieben auch in vielen andern Fällen vermischt.
Der Einfluss des 1880 gegründeten SGB und der ihm 8 Jahre später folgenden SPS reichte im 19. Jahrhundert noch nicht weit. Das Schwergewicht der Arbeiterbewegung lag vorerst auf lokaler Ebene. Verkehrsverbindungen blieben für Arbeiter bis nach dem 1. Weltkrieg so umständlich und teuer, dass selbst ihre gesamtschweizerischen Organisationen von Mitgliedern aus einer Sektion, dem sogenannten *Vorort,* geleitet wurden.
In den Zentren schlossen sich die verschiedensten Vereine zu sogenannten *Arbeiterunionen* zusammen. Weil diese die verschiedensten Kräfte

vereinigten, konnten sie Aufgaben anpacken, denen weder politische Vereine noch Gewerkschaften alleine gewachsen waren. Durch *lokale Arbeiterzeitungen* gewannen sie verschiedenenorts erstmals Einfluss auf die öffentliche Meinung. Sowohl der *Basler Arbeiterfreund* als auch die *Berner Tagwacht* und das *Zürcher Volksrecht* wurden anfänglich von den Arbeiterunionen getragen. Erst später verloren die Gewerkschaften langsam ihr Interesse an den lokalen Arbeiterzeitungen und überliessen diese zunehmend der SP.

Zunehmende Konfliktträchtigkeit um die Jahrhundertwende

Die Beziehungen zwischen den sich zunehmend differenzierenden gewerkschaftlichen und politischen Arbeitervereinen gestalteten, sich alles andere als problemlos. Erstere versuchten, möglichst alle Arbeiter und Arbeiterinnen eines bestimmten Berufes zu organisieren. Namentlich bei den qualifizierten Handwerkern, dem Kern der damaligen Gewerkschaftsbewegung, waren dies zu einem beachtlichen Teil Ausländer, vor allem Deutsche. Forderungen mussten zielstrebig durchgesetzt werden, weil niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten, aufsässige Meister und häufiger Stellenwechsel wenig Raum für längerfristige Planung liessen. Zudem hingen die Konzessionen der Arbeitgeber häufig davon ab, welche Einbussen sie im Falle von Hartnäckigkeit zu erwarten hatten. Wollten die Gewerkschaften Verbesserungen erreichen, so mussten sie also zumindest den Eindruck erwecken, die Geschäfte stören zu können. Sie waren deshalb auf ausserinstitutionelle Mittel, im äussersten Falle auf den Streik, geradezu angewiesen.
Politische Vereine dagegen wirkten in einem demokratischen Umfeld. Sie mussten versuchen, möglichst viele von ihren Zielen zu überzeugen. Obwohl in Parlamenten und bei Abstimmungen über das Schicksal der gesamten Bevölkerung entschieden wurde, besassen nur männliche Schweizer Bürger das Stimm- und Wahlrecht. Waren für die gewerkschaftliche Macht Männer und Frauen, Schweizer und Ausländer massgebend, so standen für Politiker die Stimmberechtigten im Vordergrund. Aus Angst vor dem Etikett *vaterlandslose Gesellen* versuchten schweizerische Sozialdemokraten, in ihren Vereinen Ausländer möglichst in den Hintergrund zu drängen. Führende Positionen übertrugen sie zudem gerne gewandteren und oft auch bekannteren Vertretern aus gehobeneren Berufen wie Lehrern, Pfarrern oder Advokaten. Diese bevorzugten gemäss ihrer eigenen Erfahrung den Weg durch die Institutionen und sahen in ausserparlamentarischen Aktionen eine Beeinträchtigung sozialdemokratischer Wahlchancen.
Diese unterschiedliche Ausgangslage gewann vor allem nach der Jahrhundertwende an Sprengkraft, als Sozialdemokraten an einige Schalthebel staatlicher Macht kamen. In ihrer neuen Funktion gerieten diese in Konflikte mit ihrer eigenen Basis, die durchaus mit denen ihrer Nachfolger um 1980 zu vergleichen sind. Anlässlich des Basler Maurerstreiks

von 1903 zum Beispiel erzwangen die Streikenden mit beachtlichen, von Musik und Fahnen angeführten Zügen, auf mehreren Baustellen die Arbeitseinstellung. Dabei lieferten sie der Polizei kleine Strassenkämpfe, was die Regierung zu einem Militäraufgebot veranlasste. Das erstmalige Auftreten der Armee gegen die Basler Arbeiterschaft führte zu heftigen Angriffen der Gewerkschafter auf den sozialdemokratischen Regierungsrat *Eugen Wullschleger,* der der Intervention zugestimmt hatte. Die Differenzen zwischen der nunmehr gewerkschaftlich dominierten, radikalern Arbeiterunion und der gemässigteren Sozialdemokratie konnten auch in den folgenden Jahren nicht beigelegt werden.
Ähnliche Konflikte spielten sich in anderen Zentren ab. Anlässlich des Zürcher Generalstreiks von 1912 etwa stimmten die vier sozialdemokratischen Stadträte dem Streikpostenverbot, dem Militäraufgebot und der Massregelung von 74 städtischen Angestellten, die sich am Ausstand beteiligt hatten, zu. Dieses Vorgehen rief in Gewerkschaftskreisen massive Empörung hervor. Um die Haltung der Stadträte wurde an Versammlungen und in der Arbeiterpresse zum Teil gehässig polemisiert.

Frühe Abgrenzungsversuche

Um die Jahrhundertwende waren Sozialdemokratie und Gewerkschaften so weit gefestigt, dass sich eine Klärung des gegenseitigen Verhältnisses aufdrängte. Für letztere erwies sich eine solche aus einem weitern Grunde als unumgänglich. In den Statuten von 1891 hatte der SGB seinen Zweck wie folgt umschrieben: «Die Förderung des Gewerkschaftswesens, die Wahrung der socialökonomischen Interessen der Arbeiterschaft in jeder Beziehung, die Befreiung der Arbeit vom Lohnsystem, die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel gemäss dem Programm der Socialdemokratie.» Der letzte Punkt meinte nicht das Programm der SPS von 1888, sondern ganz allgemein das sozialistische Weltbild, wie es damals – aus zum Teil widersprüchlichen Quellen genährt – in der Arbeiterbewegung verbreitet war.
Die Ausbreitung sozialistischen Gedankengutes bereitete gegen Ende des 19. Jahrhunderts der katholischen Kirche zunehmend Sorge. Mit seiner Enzyklika *Rerum novarum* blies Papst Leo XIII. im Frühling 1891 zum Gegenangriff. Unter anderem forderte er die katholischen Arbeiter auf, sich nicht solchen Gewerkschaften anzuschliessen, die mit ihrer sozialistischen Weltanschauung Dogmen seiner Kirche in Frage stellten. Er empfahl ihnen eigene Vereine auf religiöser Grundlage. In die Praxis umgesetzt wurde der päpstliche Wille in der Schweiz allerdings erst einige Jahre später.
Die drohende Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in eine sozialistische und eine katholische mobilisierte auch Gegenkräfte. Namentlich Arbeitersekretär *Herman Greulich* bemühte sich, eine für beide Richtungen annehmbare Grundlage zu finden. Auf dem schweizerischen Arbeitertag in Luzern setzte er 1899 eine Resolution durch, die den SGB

aufforderte, sich «auf parteipolitisch und religiös neutralen Boden» zu stellen. Dieser Empfehlung folgten die leitenden Organe trotz Widerstand einiger Gewerkschaften rasch. Auf dem Winterthurer SGB-Kongress von 1900 erhielt der Zweckartikel der Statuten folgende Neufassung: «Gegenüber der starken und umfassenden Organisation der Unternehmer, Industriellen und Gewerbetreibenden ist eine gleich umfassende und starke Organisation der Arbeiterklasse in der Schweiz vonnöten. Erst dadurch wird sie befähigt: ihr Recht der Mitwirkung bei Ausstellungen des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbedingungen zu erringen und auszuüben; ihre Lebenshaltung zu wahren und zu heben; ihre sittlichen Güter und ihr Menschenrecht zu verteidigen und zu mehren; am wachsenden Reichtum der Gesellschaft gebührend teilzunehmen und als selbständiges Glied an der Weiterentwicklung der Gesellschaft zu arbeiten.» Zwei Jahre später legte der Oltener Kongress die religiöse und politische Neutralität in einer Resolution genauer fest. In politischer Beziehung sollte demnach gelten: «Der Gewerkschaftsbund und seine Verbände, die keiner politischen Partei angehören und keine Beiträge an solche leisten dürfen, können Aktionen zugunsten von Arbeiterschutzgesetzen, sowie zur Geltendmachung sozialpolitischer Arbeiterforderungen unternehmen und mit Geldmitteln unterstützen. Die Lokalsektionen der Verbände können sich lokalen oder kantonalen Arbeiterunionen anschliessen und für gewerkschaftliche Zwecke oder sozialpolitische Aktionen derselben obligatorische Beiträge erheben. Zur Beitragsleistung an politische Parteien oder Aktionen darf kein Mitglied gezwungen werden.»

Solche Thesen zeitigten in der Praxis eher geringe Wirkung. Auf der einen Seite wollte das katholische Lager nicht auf eigene Organisationen verzichten. Es stellte daher Forderungen, die für viele Gewerkschaften einem völligen Identitätsverlust gleichgekommen wären. So hätten sie etwa ihre Bibliotheken von sozialistischer Literatur säubern müssen. Zudem gingen die katholischen Gründungen trotz dem Entgegenkommen des SGB unvermindert weiter. Auch die Eisenbahner, die ebenfalls noch abseits standen, zeigten weiterhin kein Interesse.

Auf der andern Seite gab es die Meinung, die Integration der Gewerkschaften bringe eine Stärkung der Sozialdemokratie. Im Januar 1898 veröffentlichten *Hans Mettier,* Redaktor des Grütlianer, und *Eugen Wullschleger,* Sekretär des Grütlivereins, in der Arbeiterpresse gemeinsam einen Entwurf für ein neues SPS-Statut. Danach sollten der Grütliverein und der SGB mit seinen Verbänden gemeinsam den Grundstock der Partei bilden. Auf seinem Solothurner Verbandstag hatte der *Schweizerische Metallarbeiterverband* im gleichen Jahr den kollektiven Beitritt zur SPS beschlossen. Sein Versuch, die Dachorganisation zum gleichen Schritt zu bewegen, scheiterte am folgendnen SGB-Kongress. Das sozialdemokratische *Parteikomitee* seinerseits rief im März 1899 politische und gewerkschaftliche Arbeitervereine zum Beitritt auf.

Eine von Gewerkschaften getragene Arbeiterpartei schien damals nichts

Aussergewöhnliches zu sein. Im Februar 1900 beschloss eine Sonderkonferenz des britischen *Trade Union Congress (TUC)* einen politischen Arm, die *Labour Party,* zu gründen. In der Schweiz bestanden auf lokaler Ebene ähnliche Gebilde. Wo die Sozialdemokratie allein zu schwach war, stellten Arbeiterunionen Wahllisten zusammen und übernahmen auch andere politische Funktionen. Selbst auf nationaler Ebene waren die Verhältnisse nicht immer klar. Auf dem SPS-Parteitag von 1904 etwa, stellte der Metallarbeiterverband einen scharfen antimilitärischen Antrag. SPS-Präsident *Gottfried Reimann* versuchte, das unliebsame Begehren abzublocken, indem er der Gewerkschaft das Antragsrecht absprach. Seine Rechnung ging indes nicht auf, da der anwesende Metallarbeiter-Sekretär *Oskar Schneeberger* daraufhin das Anliegen im eigenen Namen vorbrachte.

Die klassische Aufgabenteilung

Der Versuch, mittels Neutralisierung des SGB die Bildung von Richtungsgewerkschaften zu verhindern, war gescheitert, bevor er recht begonnen hatte. Die 1905 einsetzende Streikwelle vertiefte den Graben zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlicher Schweiz zusätzlich. Schon 1904 hatte die SPS in ihrem neuen Programm festgehalten, dass sich ihre Tätigkeit «in der Form des Klassenkampfes» vollziehe. Zwei Jahre später legte der SGB seine politische Neutralität wieder ab und definierte sich in seinen Statuten als Dachorganisation «aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen». Die Formulierung erfuhr 1908 eine Verschärfung, indem sie von den Berufs- und Industrieverbänden neu das Bekenntnis zum «proletarischen Klassenkampf» verlangte.
In der Folge bemühten sich SGB und SPS um eine Institutionalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen und zugleich um eine bessere Abgrenzung ihrer Tätigkeitsgebiete. Am SPS-Parteitag von 1910 hielt *Robert Grimm,* der kurz zuvor von einem Gewerkschaftssekretariat in die Parteipolitik gewechselt hatte, ein vielbeachtetes Grundsatzreferat. Er kritisierte die schweizerische Sozialdemokratie, die aus kleinbürgerlichen Verhältnissen hervorgegangen sei und sich von diesen nur schwer löse. Funktionäre hätten Angst, das radikalere Auftreten der Gewerkschaften könnte ihre Wahlaussichten trüben. Die Praxis lehre, «dass die Gewerkschaften nicht minder revolutionär wirken, manchmal sogar noch revolutionärer, als die Partei». Der Parteitag verabschiedete anschliessend Thesen, die das Verhältnis wie folgt umschreiben: «Während die sozialdemokratische Partei die Trägerin des proletarischen Klassenkampfes vornehmlich auf politischem Gebiete ist, führen die Gewerkschaften diesen Kampf vorwiegend auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Aufgaben beider Organisationen sind also gleich notwendig und gleichwertig.» Die SGB-Gremien verabschiedeten Richtlinien im gleichen Sinne. Sie hielten es allerdings für nötig, die Partei aufzufordern, Ausländer gleichbe-

rechtigt aufzunehmen. Eine der ersten Früchte der neu geregelten Zusammenarbeit von SPS und SGB war der 1912 gegründete *Schweizerische Arbeiterbildungsausschuss, die heutige Arbeiterbildungszentrale.*

Zusammenrücken im 1. Weltkrieg

Im 1. Weltkrieg rückten Sozialdemokratie und Gewerkschaften noch einmal eng zusammen. Anfänglich hatten beide schwere Rückschläge erlitten, die Partei wegen ihrer wenig überzeugenden Haltung zum Kriegsausbruch eher auf moralischer, die Gewerkschaften wegen der Abwanderung der Ausländer und des Militärdienstes der Schweizer auf organisatorischer Ebene. Hauptaufgabe beider war in den folgenden Jahren, das Existenzminimum der Arbeiter zu sichern, da Arbeitsbedingungen und vor allem Reallöhne weit hinter den Vorkriegsstand zurückfielen. Bundesrat und Parlament zeigten kaum Verständnis für die Anliegen der Arbeiterschaft.
Die Kanäle der institutionellen Politik erwiesen sich als wenig geeignet, um eine Linderung der Not zu erreichen. Auf der Suche nach wirksameren Mitteln begann sich die Arbeiterbewegung seit etwa 1916 auf allen Ebenen zu radikalisieren. Dieser Prozess machte sich in den Gewerkschaften früher bemerkbar, weil deren Funktionäre direkter von den Mitgliedern abhängig waren, und diese damals ihren Einfluss weit stärker wahrnahmen als heute. Bei der SPS dagegen setzte sich die Führung nicht zuletzt aus gewählten oder ernannten Parlamentariern, Regierungsräten, Richtern oder Staatsbeamten zusammen, deren Karrieren auch Unorganisierte und Bürgerliche bestimmten.
Weil während des Krieges sowohl der gewerkschaftliche als auch der politische Arm der Arbeiterbewegung auf ausserinstitutionelle Mittel angewiesen waren, näherten sie sich an. Die Arbeiterunionen übernahmen noch einmal die Führung der gesamten lokalen Bewegung. So traten nach 15 Jahren Abseitsstehen die Basler SP-Sektionen wieder in den gewerkschaftlich dominierten *Arbeiterbund* ein. In der SPS gewannen radikalere, nicht selten aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangene Kräfte zulasten des gemässigten Flügels an Gewicht. Mehrere leitende Gewerkschaftsfunktionäre zogen auf SP-Listen erstmals in den Nationalrat ein. Weder die leitenden Gremien der Sozialdemokratie noch die der meisten Gewerkschaftsverbände konnten das Vertrauen der sich vorab in den Industriezentren radikalisierenden Arbeiterschaft wahren. Die Arbeiterunionen drohten über die Köpfe der nationalen Organisationen hinweg zu Aktionen zu schreiten. In dieser gespannten Lage stellte Robert Grimm Anfangs 1918 das *Oltener Aktionskomitee* zusammen. Darin vereinigte er die nach seiner Ansicht massgebenden Führer von SPS, Gewerkschaften und Arbeiterunionen. Die statutenmässigen Instanzen standen vor einem *Fait accompli,* dem sie nur noch mehr oder weniger widerwillig zuzustimmen hatten. Die Politik des Oltener Aktionskomitees richtete sich weniger nach ihnen als nach den radikalern

Arbeiterunionen. Von den nationalen Organisationen besass im November 1918 nur es genügend Autorität, um die Leitung des *Landesstreiks* zu übernehmen. So stand bei der weitreichendsten Aktion der schweizerischen Arbeiterbewegung nicht der Gewerkschaftsausschuss oder der Parteivorstand, sondern ein diese überspielendes Komitee an der Spitze. Dessen Präsident, Robert Grimm, besetzte damals weder in der SPS noch in einer Gewerkschaft eine leitende Funktion.
Der mächtige Aufschwung ihrer Bewegung in den letzten Kriegsjahren weckte bei vielen Arbeitern die Hoffnung, der Kapitalismus gehe seinem Ende entgegen. Um den Kampf für den Sozialismus wirkungsvoller zu führen, setzten namentlich radikalere Kräfte in grössern Städten auf eine möglichst enge Zusammenarbeit aller Arbeiterorganisationen. Sie propagierten deshalb in den ersten Nachkriegsjahren eine nationale Einheitsorganisation, eine *Schweizerische Arbeiterunion.* Diese sollte ähnlich dem Oltener Aktionskomitee die Führung von Massenbewegungen übernehmen. Anders als bei jenem war jedoch eine stärkere Bindung an bestehende Strukturen und ein direkter Einfluss der Basis über Kongresse vorgesehen. Je nach Modell bildeten lokale Arbeiterunionen oder Partei- und Gewerkschaftssektionen die Grundorganisationen. Weder in der SPS noch bei den Gewerkschaften fand dieses Projekt genügend Unterstützung, und mit der Wirtschaftskrise der frühen zwanziger Jahre verschwand es endgültig in der Versenkung.

Klare Aufgabenteilung zwischen gleichwertigen Partnern

Eine schwere Wirtschaftskrise untergrub seit Herbst 1920 die Wirkung einer auf ausserparlamentarischen Druck angelegten Strategie. Damit schwand auch die Grundlage der engen Verbindung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Aktivitäten. Die Partei wandte sich wieder der Politik in staatlichen Institutionen zu. Die Gewerkschaften bemühten sich erneut schwergewichtig um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf Betriebs- oder Branchenebene. Die in den SPS-Thesen von 1910 festgelegte Aufgabenteilung kam endlich zum Tragen.
Die klare Abgrenzung drängte sich aus einem weiteren Grund auf. Im Dezember 1920 hatte der linke Flügel der SPS den Parteitag verlassen, und im Frühling 1921 schloss er sich mit *Altkommunisten und Sozialistischer Jugendorganisation zur Kommunistischen Partei (KPS)* zusammen. Den Gewerkschaften, die in jenen Jahren wegen der Krise ebenfalls rund ein Drittel ihrer Mitgliedschaft verloren, standen nun zwei verfeindete Arbeiterparteien gegenüber. Beide verfügten über beachtlichen Einfluss in Verbänden und Arbeiterunionen. Der allgemeine Rückgang radikaler Strömungen, ihre verfehlte Gewerkschaftspolitik und harte – bis zum Ausschluss reichende – Gegenmassnahmen einzelner Verbände untergruben die Stellung der Kommunisten allerdings rasch. Bei den Gewerkschaften förderte der Parteienzwist die Tendenz zur Distanzierung. So schrieb VPOD-Präsident *Hans Oprecht* – der spätere SPS-

Präsident – im September 1921 im 'Gemeinde- und Staatsarbeiter': «Ich bin der Meinung, dass in der gegenwärtigen Krisenzeit, in der es vor allem gilt, die bisher erreichten Positionen gewerkschaftlich festzuhalten, und in der gegenwärtigen Zeit des Parteienzwistes und Bruderkampfes innerhalb der Arbeiterbewegung, der 'Gemeinde- und Staatsarbeiter' allen politischen Parteien gegenüber Zurückhaltung üben sollte, um nicht auch deren Hader und Streit in die eigenen Reihen, in die gewerkschaftliche Organisation hineinzutragen.» Weniger mit der Politik verbundene Gewerkschafter gingen sogar weiter. SMUV-Sekretär *Achille Grospierre* etwa hielt eine Verbindung mit den Genossenschaften in jedem Falle für normaler als eine solche mit einer politischen Partei.
Während die meisten Gewerkschaften früher oder später der KPS eine Absage erteilten, klappte die Zusammenarbeit mit der SPS nicht schlecht. Die personelle Verflechtung war wesentlich höher als vor dem Krieg. Das Parteisekretariat führte der ehemalige SGB-Sekretär *August Huggler.* In der Geschäftsleitung sassen mit *Konrad Ilg* und *Charles Schürch* zwei gewichtige Gewerkschaftssekretäre. Über erheblichen Einfluss verfügten die Gewerkschafter auch in der Nationalratsfraktion. Der SGB beschränkte seine Zusammenarbeit mit der SPS nicht auf ihn unmittelbar betreffende Geschäfte wie die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, sondern erstreckte sie auch auf allgemeinere wie die Abwehr der Lex Häberlin I, eines Staatsschutzgesetzes. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Sozialdemokraten und Gewerkschafter im Jahrzehnt nach dem Landesstreik weitgehend gleichwertige Partner waren.
Schon in den späten zwanziger Jahren begann sich eine Verschiebung der Positionen abzuzeichnen. Hatten sich vor dem Krieg die Sozialdemokraten weit besser in die bestehende Gesellschaftsordnung integriert, so taten dies nun immer deutlicher die Gewerkschaften. Auf seinem Kongress strich der SGB 1927 den «proletarischen Klassenkampf» aus seinen Statuten und verpflichtete die Verbände nurmehr «auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung». Die Streiktätigkeit ging massiv zurück, und auf politischer Ebene gaben sich die Gewerkschafter kompromissbereiter. Das Misstrauen gegenüber Magistraten aus den eigenen Reihen machte einem vorbehaltlosen Vertrauen Platz, wie 1929 die starke Propaganda für eine sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung zeigte.
Die SPS dagegen hob sich in zwei zentralen Fragen deutlich von der bürgerlichen Schweiz ab. Seit 1917 lehnte sie die Armee ab, was sich in einem regelmässigen Nein zum Militärbudget ausdrückte. Zudem distanzierte sie sich nicht ausdrücklich von ausserparlamentarischen Mitteln wie zum Beispiel einem Generalstreik und bekannte sich in ihrem Programm zur Diktatur des Proletariats. Obwohl die Sozialdemokraten zunehmend staatliche Spitzenpositionen besetzten und sich am Parteitag 1929 sogar grundsätzlich für die Bundesratsbeteiligung aussprachen, steuert die Parteileitung in den späten zwanziger Jahren einen radikalern Kurs.
Die bürgerliche Antwort fiel hart aus. Sie gipfelte im blutigen Armee-

Einsatz gegen eine antifaschistische Demonstration der Genfer Sozialdemokraten im November 1932.

Konflikte um die Neuaufteilung der Aufgaben

Seit Beginn der grossen Depression der dreissiger Jahre mehrten sich die Differenzen zwischen der noch reformorientierten SPS und den weit integrierteren Gewerkschaften. Dank seiner volkswirtschaftlichen Abteilung unter *Max Weber* verfügte der SGB bereits in den späten zwanziger Jahren über die Strukturen für eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zunehmend befasste er sich mit allgemeinen politischen Fragen und stiess dabei mit der SPS zusammen. Im Dezember 1929 schrieb SP-Fraktionspräsident *Arthur Schmid* in seinem Grundsatzartikel «Gewerkschaften und Politik» in der *Roten Revue* verärgert: «Sowenig die Sozialdemokratische Partei (...) sich ihre Parolen von irgendwelchen Sportorganisationen diktieren lassen kann, sowenig kann sie von den Gewerkschaften aus die politischen Parolen bestimmen lassen.» Robert Grimm stellte 1932 im Parteivorstand fest, dass es fast an jeder Sitzung zu Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften komme.
Seit etwa Frühling 1933 distanzierte sich der SGB noch stärker von der SPS. In zwei erstrangigen Geschäften stellte er sich sogar offen gegen sie: Der Zweitauflage des Staatsschutzgesetzes, der Lex Häberlin II, stimmte das SGB-Bundeskomitee bereits vor der parlamentarischen Beratung zu. Die SP-Fraktion war tief gespalten, konnte sich allerdings in der Schlussabstimmung – bei vielen Absenzen – zu einem Nein durchringen. Kurz nach der KPS ergriff auch die SPS das Referendum. Auf dem Parteitag 1934 kam es deswegen zu einem hitzigen Rededuell zwischen SGB-Sekretär *Martin Meister* und Robert Grimm. Dieser nannte die Rede seines Kontrahenten «empörend, beleidigend und treulos.» In der Abstimmungskampagne bröckelte die gewerkschaftliche Front unter dem Druck der Basis ab. Selbst die Metallarbeiter-Zeitung druckte neben neutralen auch gegnerische Aufrufe ab. Der Bau- und Holzarbeiterverband entschied sich sogar für die Nein-Parole. Die Stimmberechtigten verwarfen die Lex Häberlin II im Frühling 1934. Es zeigte sich, dass die SPS die Lage realistischer eingeschätzt hatte als die meisten Gewerkschaften, indem gerade die Bekämpfung dieser autoritären Vorlage ein Bündnis mit liberalern Bürgerlichen ermöglichte.
Im Sommer und Herbst 1933 stand das Finanzprogramm I zur Debatte. Erneut zeigten sich die Gewerkschaften von vorneherein konzessionsbereit, während die Partei die Vorlage grossmehrheitlich ablehnte. Sie musste jedoch nachgeben und den gewerkschaftlichen Interessenvertretern in der Fraktion die Zustimmung erlauben.
Wie die Gewerkschaften die SPS links liegen liessen, zeigt vor allem die *Kriseninitiative.* Im Frühling 1933 verhandelte Max Weber vom SGB mit andern Arbeitnehmerorganisationen über einen Aktionsplan gegen die Krise. Selbst Exponenten des Bauern- und des Gewerbeverbandes be-

teiligten sich zeitweise an diesen Bemühungen. Die SPS dagegen blieb von vornherein abgeschlossen. Weber und seine Mitstreiter hofften, so leichtern Zugang zu bürgerlichen Mittelschichten zu finden. Schliesslich einigten sich SGB, Angestelltenverbände und Bauernheimatbewegung auf eine Kriseninitiative, die der Abbaupolitik von Bundesrat und Parlament ein Ende setzen sollte. Trotz dem Ausschluss der SPS bekämpften die Gegner das unliebsame Volksbegehren mit den üblichen antisozialistischen Schreckgespenstern. Die Initianten erreichten in der Abstimmung vom 2. Juni 1935 dennoch ein beachtliches Ergebnis.
Auch auf andern Ebenen mehrten sich die Konflikte. Die seit September 1933 erscheinende, wesentlich mit Gewerkschaftsgeldern finanzierte Wochenzeitung *Die Nation* zum Beispiel kritisierte einzelne sozialdemokratische Blätter und insbesondere die Parteilinke ungewöhnlich scharf. Wiederholt und meist vergeblich intervenierte die SPS gegen diesen Kurs. Vor den Nationalratswahlen im Herbst 1935 blieb die *Drohung mit gewerkschaftlichen Listen* lange bestehen.
In der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre entspannte sich die soziale und innenpolitische Lage mit dem Abklingen der Krise zusehends. Damit wuchs der Spielraum für Kompromisse. Der Bundesrat kam mit der Frankenabwertung im Herbst 1936 von seinem Deflationskurs ab. Mit der Verbindung von militärischer Aufrüstung und Arbeitsbeschaffung gelang es ihm, Forderungen der Linken und der Rechten zu integrieren. Für die Gewerkschaften fiel die Bilanz zwiespältig aus. Einerseits fanden sie bessern Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren und wurden damit von politischen Parteien unabhängiger. Andererseits gediehen Versuche, in der *Richtlinienbewegung* ein breites Bündnis der Arbeiterbewegung mit bürgerlichen Mittelschichten zu schmieden, nicht weit. Schon 1938 traten unüberbrückbare Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Jungbauern auf. Gleichzeitig ging der rechte Gewerkschaftsflügel, namentlich der von Konrad Ilg geführte SMUV, auf Distanz.
Für den SGB als Organisation endeten die dreissiger Jahre mit einem eigentlichen Desaster. Zwar gelang es, einen offenen Bruch mit dem SMUV zu vermeiden. Ende 1939 wandten sich aber auch die Eisenbahner unter der Leitung von SGB-Präsident *Robert Bratschi* von der Dachorganisation ab. Ilg und Bratschi wünschten von ihr mehr politische Zurückhaltung und Beschränkung auf organisatorische und sozialpolitische Probleme. Max Weber musste die Konsequenzen ziehen und Ende 1940 auf das Zentralsekretariat des Bau- und Holzarbeiterverbandes wechseln. Weil zudem Martin Meister erkrankte und bald darauf starb, blieb das SGB-Sekretariat fast während des ganzen Krieges wenig aktionsfähig. Erst in der Nachkriegszeit konnten die Stellen definitiv neu besetzt werden.
Die SPS integrierte sich unter dem äussern Druck der bürgerlichen Öffentlichkeit und dem innern des rechten Flügels und verschiedener Gewerkschaftsvertreter zunehmend in das bestehende politische System. Mit der Programmrevision von 1935 hatte sie die beiden wesentli-

chen grundsätzlichen Hindernisse, die Ablehnung der Armee und die Offenheit für ausserinstitutionelle Mittel, beseitigt. In der Folge wurden ihr weitere Konzessionen abverlangt. Die Propaganda für den ebenfalls 1935 verabschiedeten *Plan der Arbeit* – ein Strukturreform-Programm – musste auf gewerkschaftlichen Druck hin eingestellt werden. Die Verurteilung der namentlich in Genf und Basel noch bestehenden Zusammenarbeit mit Kommunisten war Voraussetzung für den Eintritt in die Richtlinienbewegung. Gefragt war nicht mehr der Kampf um eine linke Mehrheit, sondern die mehr oder weniger bedingungslose Integration. Sowohl Bündnisangebote nach rechts als auch verschiedene Anläufe zur Bundesratsbeteiligung scheiterten jedoch.
Weder SPS noch SGB befanden sich Ende der dreissiger Jahre und anfangs des 2. Weltkrieges in einer erfreulichen Lage. Ihr gegenseitiges Verhältnis blieb widersprüchlich. Einerseits präsidierte mit Hans Oprecht, Sekretär des VPOD und Mitglied des SGB-Bundeskomitees, einer der führenden Gewerkschafter die Partei. Andrerseits distanzierten sich verschiedene Gewerkschaften mehr denn je von ihr. In Kreisen des SMUV trug man sich zeitweise sogar mit dem Gedanken einer Gewerkschaftspartei. Der Neuenburger SMUV-Sekretär *René Robert* wurde 1944 vorübergehend aus der SPS ausgeschlossen, weil er bei den Gemeindewahlen mit einer Sonderliste aufgetreten war. Allerdings war das Zerwürfnis zwischen einzelnen Gewerkschaften zeitweise fast ebenso gross wie das zwischen SGB und SPS.

Vorherrschaft der Gewerkschaften

Während des 2. Weltkrieges erhöhten die Verbände ihr ohnehin beachtliches Gewicht im politischen System zusätzlich. Selbst wenn es vorab Unternehmerorganisationen waren, die sich zusätzliche Aufgaben und Einflussmöglichkeiten verschafften, verbesserte sich auch die Stellung der Gewerkschaften. Noch in den dreissiger Jahren hatten sie ihre Forderungen vielfach indirekt, über die SP-Fraktion oder über Eingaben und Initiativen, einbringen müssen. Das Notrechtsregime der Kriegsjahre verbaute diese Wege weitgehend. Um die Arbeiterbewegung nicht wie ein Vierteljahrhundert zuvor auszuschliessen und damit gegen das politische System aufzubringen, wurden die Gewerkschaften stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen. Als Ende 1943 der Sieg der Alliierten längst absehbar war und in ganz Europa Bürgerliche und Linke zusammen die Zukunft vorbereiteten, zeigten sich auch in der Schweiz die Regierungsparteien bereit, die Sozialdemokratie endlich in ihren Kreis aufzunehmen. Äusseres Zeichen dafür: die Wahl von Bundesrat *Ernst Nobs.* Damit waren der politische und der gewerkschaftliche Arm der Arbeiterbewegung in den wichtigsten Entscheidungsstrukturen vertreten.
Die zentrale Stellung der Verbände festigte sich nach dem Krieg noch. Sie fand 1947 ihren Niederschlag in der Bundesverfassung, wo es in den

Wirtschaftsartikeln unter anderem heisst: «Die zuständigen Organisationen der Wirtschaft sind vor Erlass der Ausführungsgesetze anzuhören und können beim Vollzug der Ausführungsvorschriften herangezogen werden.» Die Verbände besassen gegenüber den Parteien mannigfache Vorteile. Sie verfügten über mehr Geld, in ihrem Bereich über mehr Sachkenntnis, über einen höhern Organisationsgrad und damit über eine bessere Legitimation und – wegen der thematischen Beschränkung – über eine grössere Geschlossenheit. Sie hatten zudem Zugang zu fast allen Stufen der Entscheidungsprozesse, vom vorparlamentarischen Verfahren bis zum Vollzug.

Diese Vorzugsstellung der Verbände prägte nach dem 2. Weltkrieg das Verhältnis zwischen SPS und Gewerkschaften. Stärker denn je betonte der SGB seine parteipolitische Unabhängigkeit. Als zum Beispiel der Sozialdemokrat *Emil J. Walter* in einer Buchbesprechung in der Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, also in einem politisch nicht gerade verfänglichen Zusammenhang, von der Verflechtung zwischen SPS und SGB in der Zwischenkriegszeit schrieb, löste er damit in der Gewerkschaftlichen Rundschau eine heftige Polemik aus. SGB-Sekretär *Giacomo Bernasconi* nutzte die Gelegenheit, um einmal mehr zu betonen, wie sehr die Gewerkschaftsbewegung bestrebt war, «jeden fremden und vor allem parteipolitischen Einfluss auszuschalten». Tatsächlich lagen in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Krieg die Verhältnisse eher umgekehrt: Die SPS stand unter gewerkschaftlichem Druck.

Die Gewerkschaften hatten nicht nur ihre Stellung im politischen System ausgebaut, sondern auch ein weiteres Betätigungsfeld erschlossen. Die Unternehmer hatten seit der Schlussphase des Krieges ihren Widerstand gegen Gesamtarbeitsverträge aufgegeben, so dass sich diese innert kürzester Zeit über die ganze Schweiz ausbreiten konnten. Damit eröffnete sich den Gewerkschaften die Möglichkeit, sozialpolitische Anliegen unabhängig von staatlichen Instanzen direkt mit ihren Vertragskontrahenten zu regeln. Diesen vertraglichen Bereich wollte ein Grossteil von ihnen, namentlich der mächtige SMUV, von staatlichen Eingriffen freihalten und möglichst ausdehnen. Konflikte mit der weit stärker auf gesetzliche Regelungen orientierten Sozialdemokratie konnten nicht ausbleiben. Auch innerhalb des SGB blieb dieser antietatistische Kurs nicht unbestritten. *Max Arnold,* SGB-Vizepräsident und geschäftsführender Sekretär des VPOD, charakterisierte ihn 1958 gar als Vertragsfetischismus.

Die Problematik einer zu weiten Auslegung des Vertragsgedankens zeigte sich bereits bei der Vorbereitung der *Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV)* in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Zwar vertraten SGB und SPS eine öffentliche Lösung. Der SMUV als damals grösste Einzelgewerkschaft dagegen machte sich zusammen mit den Metall- und Maschinenindustriellen für paritätische Kassen stark. Noch in der Nationalratskommission brachte SMUV-Präsident Konrad Ilg seine Beden-

ken gegen das von SGB-Präsident Robert Bratschi vehement verteidigte Modell der Experten vor. Dieses nahm aber die parlamentarischen Hürden leicht. In der Referendumskampagne verzichtete der SMUV auf seinen Widerstand gegen eine öffentliche Altersversicherung, der nicht zuletzt das *Gewerkschaftliche Aktionskomitee pro AHV* zu einem glänzenden Abstimmungserfolg verhalf.
Die *Arbeitszeitverkürzung* sorgte in den fünfziger Jahren für neuen Konfliktstoff. Der SGB und namentlich der SMUV setzten ganz auf vertragliche Lösungen. 1955 prellte jedoch der Landesring mit seiner Initiative zur Einführung der 44-Stunden-Woche vor. Die SP-Fraktion machte sich in der Nationalratsdebatte zunächst für einen Gegenvorschlag stark. Nach dessen Scheitern entschieden sich die meisten sozialdemokratischen Parlamentarier für Stimmenthaltung oder Ablehnung der Initiative. Auf dem Parteitag 1958 überwogen zwar die Befürworter. Aus Rücksicht auf die Gewerkschafter beschlossen die Delegierten jedoch die Stimmfreigabe. Der Gewerkschaftsausschuss verabschiedete erwartungsgemäss die Nein-Parole. Vier Verbände – der Bau- und Holzarbeiterverband, der Typographenbund, der Textil- und Fabrikarbeiterverband und der VPOD – zeigten mehr Unabhängigkeit als die SPS und empfahlen den Stimmbürgern ein Ja. Wie zerstritten der SGB war, zeigt die kurz darauf erfolgte Absetzung Max Arnolds als Vizepräsident.

Die Abhängigkeit der SPS von den Gewerkschaften war in der *Sozialpolitik* am deutlichsten sichtbar. In der zuständigen SP-Kommission hatte sich schon in den frühen sechziger Jahren eine Mehrheit für eine Volkspension nach schwedischem Muster gebildet. Da die Partei aber sowohl auf den SGB, der die Pensionskassen verteidigte, als auch auf ihren Bundesrat, der die Vorschläge der sich fest in bürgerlicher Hand befindenden AHV-Kommission vertrat, Rücksicht nehmen musste, blieben ihr eigene Aktivitäten zunächst versagt. Erst in der Aufbruchstimmung im Juni 1968 beschloss der Parteitag grundsätzlich, eine eigene Volkspensions-Initiative zu lancieren. Diese wurde auf Druck des SGB so weit abgeschwächt, dass die privaten Pensionskassen darin Platz fanden. Die Partei der Arbeit (PdA) kam dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Projekt zuvor und reichte bereits im Dezember 1969 eine eigene Volkspensions-Initiative ein. Expertenkommission, Bundesrat und Parlament entschieden sich noch vor der Abstimmung über diese für eine Verdoppelung der Rentensätze und ein Obligatorium der beruflichen Vorsorge, um der von SPS und PdA favorisierten umfassenden Lösung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Eine breite, von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern bis zu Gewerbeverband und Privatversicherungen reichende Koalition brachte die unliebsame PdA-Initiative 1972 zu Fall. Damit war das von der SPS zuvor noch in Frage gestellte Dreisäulenprinzip in der Verfassung verankert. Anfangs 1974 zog der Parteivorstand die eigene Initiative durch Stichentscheid des Präsidenten zurück.

Neue Perspektiven

Schon in den Auseinandersetzungen um die Volkspension kündigte sich eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen SPS und Gewerkschaften an. Seit Mitte der sechziger Jahre begann der helvetische Konsens zuerst auf der Rechten, dann auf der Linken seine Integrationswirkung zu verlieren. Damit wurden Kompromisse zwischen den traditionellen Spitzenverbänden immer schwieriger und ihre Vormachtstellung umstrittener. Als dann Mitte der siebziger Jahre noch die eigentliche Geschäftsgrundlage des Konsenses, das anhaltende Wirtschaftswachstum, das Einkommenserhöhungen ohne tiefgreifende Verteilungskämpfe ermöglichte, zusammenbrach, drifteten die Interessen zunehmend auseinander. Als Folge des Wirtschaftswachstums waren zahlreiche unerwartete Probleme, darunter als bedrohlichstes die Zerstörung der *Umwelt,* entstanden. Dieser nahmen sich vor allem seit Ende der sechziger Jahre zahlreiche *neue soziale Bewegungen* an. Dem traditionellen Verbändekartell traten somit andere politische Kräfte entgegen. Diese Umgruppierung blieb nicht ohne Wirkung auf politische Parteien. Einerseits vergrösserten sich ihre Allianz-Möglichkeiten, indem sie zum Beispiel dem Einfluss der Wirtschaftsvertreter den der ökologisch orientierten Bewegungen entgegensetzen konnten. Andererseits stellten sie die auseinanderliegenden Zielsetzungen hergebrachter und erst seit kurzem erstarkter Interessenvertreter vor innere Zerreissproben.

Am einschneidendsten wirkten sich die skizzierten Veränderungen auf das gegenseitige Verhältnis von SPS und Gewerkschaften aus. Seit den fünfziger Jahren nahm der Anteil der wichtigsten gewerkschaftlichen Rekrutierungsbasis, der Arbeiter schweizerischer Nationalität, an der gesamten Bevölkerung ständig ab. Andererseits gewannen Angestellte, Beamte, Akademiker und andere Arbeitnehmerschichten zunehmend an Bedeutung. Da diese zum Teil wohl von der SPS, nicht aber von den Gewerkschaften erfasst wurden, begann die soziale Zusammensetzung der beiden, die sich namentlich im 1. Weltkrieg angenähert hatte, wieder auseinanderzudriften. Die Umgruppierung der Parteibasis, namentlich der beachtliche Zustrom aus neuen sozialen Bewegungen, untergrub die Vormachtstellung der Gewerkschafter. Damit gewann die SPS einerseits wieder mehr Eigenständigkeit. Andererseits erhöhten sich die von den verschiedenen Interessengruppen ausgehenden innern Spannungen.
Die Gewerkschaften ihrerseits waren nicht mehr in der Lage, ihre alte Machtposition auszuspielen. Sie hatten durch die sozialen Verschiebungen und durch die Wirtschaftskrise stark an Gewicht verloren. Die Unternehmerorganisationen zeigten weniger Interesse an Kompromissen mit ihnen und beeinträchtigten so ihre Erfolgschancen. Zudem machte sich die soziale und politische Aufsplitterung zusehends auch in ihrem Innern bemerkbar. Eine derart prägende Rolle gegenüber der Sozialdemokratie wie während der fünziger und sechziger Jahre können die heutigen Gewerkschaften deshalb nicht mehr spielen.